Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg 27.04.2021
Stadtvertretung

Niederschrift

über die 15. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 22.04.2021

Sitzungsort:
Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr Ende: 18:30 Uhr

Unterbrechungen: 16:20 Uhr bis 16:30 Uhr
18:05 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesenheit: Soll 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist 42 Mitglieder der Stadtvertretung

Entschuldigt fehlte: Ratsfrau **Wegner** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister
Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters
Frau Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Stadtpräsident, Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, eröffnet die 15. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste. Er verweist auf die Notwendigkeit der Einhaltung der AHA-Regeln wegen der pandemischen Situation.
Der Live-Stream beginnt nach der Einwohnerfragestunde.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** die Einwohnerfragestunde.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Stadtpräsident, Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 14.04.2021).

Die Ratsfrauen und Ratsherren, die per Webex an der Sitzung teilnehmen, bestätigen ihre Anwesenheit durch Nennung ihres Namens (siehe Anwesenheitsliste).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 14. Sitzung der Stadtvertretung am 18.03.2021

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Vorlage: INF/VII/0055

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Der stellvertretende Stadtpräsident, Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, informiert, dass Ratsherr Michael Steinführer mit Schreiben vom 13.04.2021 beim Stadtpräsidenten seinen Mandatsverzicht zum 30.04.2021 angezeigt hat. Entsprechend der Mitteilung des Gemeindewahlleiters geht das Mandat auf Herrn Wilfried Luttkus über. Dieser hat mit Posteingang vom 20.04.2021 die Annahme des Mandates angezeigt und erwirbt mit dem Zeitpunkt des Ausscheidens von Ratsherrn Steinführer die Mitgliedschaft in der Stadtvertretung Neubrandenburg.
Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, dankt Ratsherrn Steinführer im Namen der Stadtvertretung und auch persönlich im Namen des Stadtpräsidenten für seine ehrenamtliche Arbeit in der Stadtvertretung Neubrandenburg und überreicht, da Ratsherr Steinführer online an der Sitzung teilnimmt, die für ihn bestimmten Blumen an die Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Ratsfrau Dr. Kuhk.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert über die Vorstandssitzung des Städte- und Gemeindetages M-V. In der Sitzung wurde die Mitgliederversammlung am 19. Mai 2021 vorbereitet, die, wie auch die kommunale Messe vor der Versammlung, erstmalig in digitaler Form stattfinden wird. Der Geschäftsbericht des Vorstandes wird die kommunale Finanzausstattung 2020 beinhalten und über die Grundsteuerreform und deren Auswirkungen ab 2024 informieren.
Im Vorstand haben sich die Mitglieder über die aktuelle Corona-Situation ausgetauscht. Die Landesverordnungen müssen an das neue Bundesinfektionsschutzgesetz angepasst werden. Entscheidend sind nunmehr die Inzidenzzahlen und die Definition einer sogenannten Notbremse bei Erreichen festgelegter Inzidenzgrenzen.
Auf Ebene des Städte- und Gemeindetages werden noch konkretere Wirtschaftshilfen gewünscht. Hier ist die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg u. a. mit der Maßnahme des fiktiven Unternehmerlohnes schon in einer Vorreiterrolle. Vom Land werden außerdem konkretere Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der Notbetreuung in den Kindertagesstätten erwartet, derzeit befinden sich ca. 50% aller angemeldeten Kinder zur Notbetreuung in den Kitas.
In Richtung Bundesregierung kritisiert der Städte- und Gemeindetag, dass nur die reinen Inzidenzzahlen für Entscheidungen zugrunde gelegt werden. Es wird empfohlen, auch die Impfquote und die Krankenhauskapazitäten zu berücksichtigen, damit die Landkreise mehr Handlungsspielräume haben.
Es wird weiterhin in Richtung Bundesregierung appelliert, schnell ein Förderprogramm für die Innenstädte aufzulegen.
In diesem Zusammenhang berichtet Herr Witt, dass die aufgrund des entsprechenden Beschlusses der Stadtvertretung beantragten Stellen, die Unternehmen bei der Verbesserung

ihrer digitalen Sichtbarkeit unterstützen sollen, genehmigt und vom Land mit 80% der Personalkosten gefördert werden. Der Förderzeitraum beginnt am 1. Juni 2021 und endet am 31. Mai 2022.
Herr Witt berichtet weiter von der Sitzung des Sozialausschusses des Landtages, an der er gemeinsam mit Ratsherrn Giermann (CDU) digital teilnehmen konnte, weil der Ausschuss sich im ersten Tagesordnungspunkt mit der Situation des Sports in Neubrandenburg beschäftigt hat. Herr Witt konnte von der Situation im investiven Bereich berichten, vom Bau der Sporthalle in der Großen Krauthöferstr., der Sanierung der Stadthalle, dem Bau des Sportplatzes in der Oststadt. Er hat informiert, dass der Bau einer Schwimmhalle gerade in der Stadt diskutiert wird und das Jahnsportforum saniert werden soll, wofür die Unterstützung von Bund und Land willkommen sei.
Ratsherr Giermann hat vor allem auf die Situation der Sportvereine in der Corona-Pandemie hingewiesen, die keine Möglichkeiten des Sporttreibens haben und Mitgliederverluste verzeichnen.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) bittet um Einstellung des Konzeptes für das digitale Informationszentrum in das Ratsinformationssystem. Hintergrund ist die Vorstellung abgerechneter Projekte in der letzten Tagung des regionalen Planungsverbandes.

Ratsfrau **Reinsdorf** (DIE LINKE) verweist auf die Sondersitzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport, in der drei Vereine, die in Wiekhäusern eingemietet sind, (EUROPA-Union, Märchenhaus und Fraueneinfälle e. V.) auf ihre prekäre Situation bezüglich ausstehender Mietzahlungen aufmerksam gemacht haben.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

Ratsherr **Giermann** (CDU) bezieht sich auf einen Nordkurier-Artikel zur Errichtung einer Beachvolleyball-Anlage am Brodaer Strand. Laut diesem fühlten sich zwei Fraktionen der Stadtvertretung bei diesem Prozess nicht mitgenommen. Er führt zur Historie aus, im September 2020 haben vier Vereine im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport die Projektidee vorgestellt und jede/r Stadtvertreter/in, jede/r sachkundige/r Einwohner/in hätte die Möglichkeit gehabt, sich bei den Vereinen bzw. der Verwaltung kundig zu machen. Am 24. Februar 2021 wurde im Ausschuss der Imagefilm zum Projekt gezeigt und lt. Protokoll hatte der Ausschussvorsitzende die Mitglieder darum gebeten, in ihren jeweiligen Fraktionen darüber zu informieren. Er bittet um bessere Kommunikation innerhalb der Fraktionen, zumindest bevor im Nordkurier kundgetan wird, vor vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein.
Ratsherr Giermann dankt den Initiatoren, den Spendern und den Vereinen.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, informiert darüber, dass das Ministerium für Inneres und Europa des Landes M-V die Stadtverordnung mit vier Anmerkungen genehmigt hat. Das Thema wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit erörtert.
Er informiert weiter darüber, dass in der Stadt inzwischen 12 Testzentren in allen größeren Stadtteilen ihre Arbeit aufgenommen haben.

Ratsherr **Schnell** (AfD) fragt zum ÖPNV in der Stadt anlässlich des Vorliegens des Nahverkehrsplanes des Kreises nach:
Wie ist der Stand der Umsetzung der sogenannten Innenstadtbuslinie?
Wie wird deren Finanzierung aufgeteilt werden?
Gibt es Überlegungen der Stadt, den Tollensesee über den ÖPNV näher an die Stadt anzuschließen?

Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VII/0060** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsherr **Gille** (SPD) informiert in Richtung des Ratsherrn Giermann bezüglich der Beachball-Anlage, dass er bereits im Jahr 2019 vor Ort war und mit Verwaltung die Machbarkeit einer solchen Anlage geprüft hat.
Bezüglich der bevorstehenden Übergabe des neugebauten Spielplatzes im Kulturpark bittet er zu prüfen, ob die Fläche zwischen Spielplatz und der Brücke über den Gätenbach von gefällten und umgestürzten Bäumen beräumt werden kann.
Ratsherr Gille wendet sich mit einer Bitte an die Neubrandenburger Einwohner*innen, besonder jene, die sich neu in der Lutizenstraße angesiedelt haben. Er stellt fest, dass einige ihren Gartenverschnitt auf die Wiesenfläche und Obstbaumplantage gegenüber der Lutizenstr. werfen und bittet darum, dies zu unterlassen.
Zuletzt dankt er der Verwaltung, dass bereits 90% der Hundefreilauffläche in der Neustrelitzer Str. fertiggestellt sind.

Ratsherr **Stieber** (SPD) stellt gegenüber Ratsherrn Giermann richtig, dass es im zitierten Nordkurier-Artikel um das „Mitnehmen“ vor allem der Anwohner*innen gegangen sei und nicht um seine Fraktion.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) sieht keinen Grund, Gräben zu vertiefen. Am Beachvolleyballplatz ist genug Platz für verschiedene Bevölkerungsgruppen. Er ist der Meinung, dass die verschiedenen Alters- und Freizeitgruppen durchaus in der Lage sind, sich zu verständigen, so wie er das am Reitbahnsee täglich erleben kann.

Ratsfrau **Dr. Balschat** (CDU) bedankt sich für drei neue Bänke in Buchort.

TOP 7 Abstimmung über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung der Stadtvertretung

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) stellt drei Möglichkeiten der Durchführung der Sitzung klar. Unter einer Präsenzsitzung sei eine Hybridsitzung gemeint, dann gäbe es noch die reine Videokonferenz bzw. die Absage der Sitzung.

Ratsherr **Dr. Northoff** (SPD) mahnt, dass geklärt sein muss, wie das Abstimmungsverhalten und der Teil der nichtöffentlichen Sitzung administriert werden. Er bittet darum, Hybridsitzungen anzubieten und darum, dass die entsprechenden Einladungen künftig in dieser Hinsicht verbindlich sind.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (Bündnis 90/Die Grünen) sieht keine Möglichkeit einer Alternative zur Schaffung der Möglichkeit einer Online-Teilnahme. Er schlägt vor, dass spätestens in der Sitzung des erweiterten Präsidiums bei der Vorbereitung der Sitzung der Stadtvertretung in Abhängigkeit von den Inzidenzzahlen endgültig festgelegt wird, ob eine reine Videokonferenz oder eine Hybridsitzung (Videokonferenz mit Teilnehmenden im Sitzungsraum) einberufen wird.

Ratsherr **Prof. Oppermann** (SPD) stimmt dem zu.

Abstimmung:
Die Ratsfrauen und Ratsherren stimmen mehrheitlich bei 3 Enthaltungen für die Durchführung der Sitzung am 27.05.2021 als Hybridsitzung.

TOP 8 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der stellvertretende Stadtpräsident, Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, informiert, dass die Drucksache **BV/VII/0199 (TOP 17)** von den Einreichern zurückgezogen wurde und bittet, diese zu streichen.

Des Weiteren bittet er darum, folgende Änderungsblätter und Änderungsanträge nachzutragen:

zur **BV/VII/0212 (TOP 19)**	Änderungsantrag Nr. 1 (Fraktion der SPD)
zur **BV/VII/0168 (TOP 27)**	1 Änderungsblatt Änderungsantrag Nr. 1 (Fraktion DIE LINKE)
zur **BV/VII/0189 (TOP 29)**	1 Änderungsblatt

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** schlägt vor, folgende Drucksachen in verbundener Aussprache zu behandeln:

BV/VII/0200, BV/VII/0201, BV/VII/0202, BV/VII/0203, BV/VII/0204, BV/VII/0205, BV/VII/0206 (**TOP 10 bis TOP 16**), BV/VII/0082 und BV/VII/0083 (**TOP 22 und TOP 23**) sowie BV/VII/0159 und BV/VII/0160 (**TOP 24 und TOP 25**).

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) fragt, warum die Beschlussvorlage BV/VII/0208 (TOP 31) im nichtöffentlichen Teil behandelt wird?

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, führt aus, dass er keine Bedenken hätte, die Beschlussvorlage im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Der stellvertretende Stadtpräsident, Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, teilt mit, dass die Beschlussvorlage als letzte im öffentlichen Teil (TOP 30) der Sitzung behandelt wird.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung:
Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

TOP 9 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte 10 bis 16 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 10 Änderung des Beschlusses 21/02/19 Besetzung der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für die Sparkasse Neubrandenburg-Demmin
Vorlage: BV/VII/0200

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/10/2020

TOP 11 Änderung des Beschlusses 08/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der beratenden Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V; hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Auss
Vorlage: BV/VII/0201

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/11/2021

TOP 12 Änderung des Beschlusses 60/03/19 Vollständige Neubesetzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V;
Vorlage: BV/VII/0202

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/12/2021

TOP 13 Änderung des Beschlusses 57/03/19 Vollständige Neubesetzung des Betriebsausschusses gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V; hier: Wahl eines Mitglieds in den Betriebsausschuss
Vorlage: BV/VII/0203

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/13/2021

TOP 14 Änderung des Beschlusses 59/03/19 Vollständige Neubesetzung des Kulturausschusses gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V; hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Kulturausschuss
Vorlage: BV/VII/0204

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/14/2021

TOP 15 Änderung des Beschlusses 04/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0205

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/15/2021

TOP 16 Änderung des Beschlusses 16/01/19 Besetzung des Aufsichtsrates der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft
Vorlage: BV/VII/0206

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/16/2021

TOP 17 Setzen der Regenbogenflagge anlässlich des Internationalen Tages gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) am 17. Mai 2021
Vorlage: BV/VII/0199

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

Ratsfrau **Kanew** (Die Linke) verlässt den Sitzungssaal.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) informiert, dass Ratsfrau Kanew wegen der mangelnden Testbereitschaft der Mitglieder der Stadtvertretung die Sitzung verlassen hat.

TOP 18 Anschaffung von Luftreinigungsgeräten für die Schulen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0211

Ratsherr **Jaschinski** (Die Linke) erläutert die Idee der Vorlage, zitiert die Gesellschaft für Aerosolforschung, die im April 2021 darauf hingewiesen hatte, derartige Luftreinigungsgeräte überall dort zu installieren, wo Menschen sich längere Zeit in geschlossenen Räumen aufhalten müssen. Er bietet an, den Link eines Herstellers zur Verfügung zu stellen, der auch Kontakt zur Beratung anbietet. Ratsherr Jaschinski geht auch auf das Schreiben einer Schule ein, in dem darum gebeten wird, die Anschaffung der Luftreinigungsgeräte angesichts der kommenden warmen Jahreszeit zu überdenken und fordert deshalb die Verwaltung auf, gemeinsam mit den Schulen abzustimmen, welche Schulen diese Geräte wünschen. Am Beispiel der eigenen Fraktionssitzungen berichtet er, dass die Geräte zwar Geräusche verursachen, diese aber nicht störend seien.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) bekennt sich zu ihrer Verantwortung als Stadtvertreterin für die Gesunderhaltung der Schülerinnen und Schüler, aller Kinder. Sie maßt sich kein Urteil über die Wirksamkeit der Geräte an, ist keine Expertin hinsichtlich Schadstoffausstoß usw. Allein die aufgezeigte Möglichkeit, die Virenlast in Räumen zu minimieren, fordert ihr Verantwortungsgefühl heraus. Sie kennt die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen über Anschaffungs- und Betreiberkosten, die ein Grund wären, die Zustimmung zur Beschlussvorlage zu versagen. Einerseits ist nicht sicher, welche Geräte wirklich wirksam sind, andererseits ist sicher, dass sich die Stadt die Anschaffung von Luftreinigern in einer Höhe von 1,5 Mill. Euro derzeit nicht leisten kann. Anstatt nun die Anschaffung der preiswerteren Geräte zu verwerfen oder die Wirksamkeit von Luftreinigungsgeräten in Frage zu stellen, fordert sie dazu auf, Verantwortung wahrzunehmen und das Mögliche zu realisieren: die Anschaffung von 240 Geräten zum Preis von ca. 100.000 Euro und das Land M-V aufzufordern, seiner Verantwortung für alle Kinder des Bundeslandes gerecht zu werden.
Ratsfrau Dr. Kuhk kündigt die Änderung der Vorlage hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen an. Der bisherige Text wird ersetzt durch: „Die finanziellen Auswirkungen sind nach Prüfung der notwendigen Anschaffungskosten zu beziffern und ein entsprechender Deckungsvorschlag ist durch die Verwaltung zu unterbreiten."

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) bestätigt, dass gute Bildung zu den Herausforderungen der Corona-Pandemie gehört und die saubere Luft an den Schulen dabei eine von mehreren wünschenswerten Rahmenbedingungen ist. Die SPD trägt das Bekenntnis der Stärkung der Schülergesellschaft und Punkt 1 der Vorlage, alle Schüler*innen in den Schulen in kommunaler Trägerschaft zu unterstützen, mit.
Dennoch hinterfragt er, warum im Vorfeld offene Fragen nicht geklärt wurden, wie die Geräuschbelastung, die Leistungsfähigkeit der Geräte je nach Größe der Räume. Es gäbe keine einheitliche Positionierung der Schulen. Was ist mit Kitas, wie lange sollen Geräte in Gebrauch sein, gibt es Preis- und Lieferzeitzusagen? Wie sollen die Schulleitungen in die Entscheidung einbezogen werden? Er rät zu eher weniger Geräten, diese dafür in guter Qualität.
Ratsherr Prof. Dr. Northoff stellt den Antrag, die Vorlage in die Ausschüsse zurück zu verweisen und gleichzeitig den OB zu beauftragen, die aufgeworfenen Fragen zu klären und er schlägt vor, die Schulleiter*innen dazu zu laden.

Ratsherr **Giermann** (CDU) entkräftet das Argument der mangelnden Möglichkeit der Beteiligung der Schulen, indem er aus der Vorlage zitiert, dass der tatsächliche Bedarf im Vorfeld in den Schulen abzufragen ist. Er sieht angesichts der angespannten gesundheitspolitischen Situation und der nicht geringen Anzahl von Schüler*innen, die sich trotz des Lockdowns in der Notbetreuung befinden, keine Möglichkeit der weiteren Diskussion, sondern wirbt dafür,

gute Voraussetzungen für den Schulalltag nunmehr zu schaffen. Von der Landesregierung hätte er sich dafür mehr Unterstützung gewünscht.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (Bündnis90/Die Grünen) erinnert daran, dass seine Fraktion bereits in der letzten Sitzung auf die Notwendigkeit der Luftreinigungsgeräte hingewiesen hat. Er fragt die Einreichenden der Vorlage, wie die Zahl von 240 Geräten ermittelt wurde.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** antwortet, dass diese Zahl die Zahl der von der Verwaltung erhobenen Klassenräume in den Schulen in Trägerschaft der Stadt abbildet.

Der stellvertretende Stadtpräsident, Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, stellt den Änderungsantrag – Verweis der Vorlage in die Ausschüsse - von Ratsherrn **Prof Dr. Northoff** zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann,** stellt die Beschlussvorlage einschließlich der durch Ratsfrau **Dr. Kuhk** eingebrachten Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/18/2021

PAUSE 16:20 Uhr bis 16:30 Uhr

TOP 19 Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen der Corona Pandemie
Vorlage: BV/VII/0212

Ratsherr **Donner** (SPD) begründet den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Er bittet um Ergänzung des wichtigen Bereiches Bildung, der in der Corona-Pandemie massiv beeinträchtigt wurde. Durch Ergänzung des Bereiches hätten auch Schulfördervereine die Möglichkeit, Schüler*innen mit Geld für die Klassenkasse oder Exkursionen zu unterstützen. Schüler*innen haben sich den starken Einschränkungen der Corona-Pandemie gestellt und sich solidarisch verhalten, was jetzt gewürdigt werden soll.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) drückt ihre Freude über die zügige Vorlage des Antrags aus, mit dem realisiert wird, was bereits im Zusammenhang mit der Vorlage zur Unterstützung der Unternehmen diskutiert wurde, dass eben auch Vereine, Verbände, Kulturschaffende Unterstützung benötigen. Bei Annahme der Vorlage sollen jeweils 1.000 EUR für Vereine, Verbände in den Bereichen Kultur, Soziales und Sport für Liquiditätsengpässe bei der Aufrechterhaltung ihrer Strukturen und für die Werbung neuer Mitglieder bereitgestellt werden. Der Antrag folgt auch der Forderung nach einer Aktionsunterstützung für Kulturschaffende.
Ratsfrau Muth erwartet, dass die Verwaltung schnellstmöglich eine entsprechende Förderrichtlinie vorlegt, damit die Betroffenen schnell auf diese Förderung zugreifen können.
Sie äußert die zweite Erwartung, dass bei einer Mehrheit für den Beschlussantrag dieser auch insoweit veröffentlicht wird, dass diejenigen, denen geholfen werden soll, auch wissen, was sie tun können und müssen.
Den Änderungsantrag der SPD-Fraktion sieht sie nicht gleichwertig zum vorliegenden Beschlussantrag. Hier geht es um die Finanzierung von Liquiditätsengpässen, die aus vorgehaltener Infrastruktur hervorgehen. Der Antrag der SPD-Fraktion geht an diesen Intentionen, Vereine, Verbände und eine lebendige Struktur zu stärken neben der Förderung, die schon geleistet wird, vorbei.
Ratsfrau Muth formuliert folgende Änderung für die finanziellen Auswirkungen: „Es fallen Kosten in Höhe von 150.000 Euro für den städtischen Haushalt an. Es ist zu prüfen, ob die

Maßnahmen aus dem überplanmäßigen Gewinnüberschuss der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH aus dem Jahr 2020 oder aus den nicht verbrauchten Mitteln des Haushalts 2021 der entsprechenden Produkte finanziert werden können."

Ratsherr **Giermann** (CDU) betont die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen, da die coronabedingten Einschränkungen eine Belastung für das Ehrenamt und Vereinsstrukturen darstellen. In der Sondersitzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport zeigte sich, wie differenziert und vielfältig – von den schwer aufzubringenden Mietkosten bis zur Werbung für neue Mitglieder – diese Belastungen sein können.
Auch Ratsherr Giermann dankt für die intensive Beschäftigung mit den Inhalten der Vorlage, er bittet um die schnelle Erstellung einer Richtlinie und deren zügige Beratung in den Gremien und er ermuntert die Anwesenden, das Thema der Vereinsförderung auch weiterhin im Blick zu behalten.
Bezüglich des Änderungsantrages der SPD-Fraktion gibt er den Rat, den richtigen Anlass für die Aufnahme des Bereiches der Bildung qualifiziert zu formulieren und einzubringen.

Ratsherr **Prof Dr. Northoff** (SPD) unterstützt den vorliegenden Antrag ausdrücklich, neben der strukturellen Unterstützung findet er auch die Aktionsförderung wichtig, wobei vor allem Aktivitäten im Bereich der Stadt Neubrandenburg gefördert werden sollten.
Er versteht nicht, wieso Vereine, die sich mit Bildung befassen, nicht einbezogen werden sollen, aus seiner Sicht ist die Erweiterung des gemeinsamen Ziels auch auf Schule und Kinder wichtig. Er unterstützt den vorliegenden Antrag, wirbt aber auch für Zustimmung zum Änderungsantrag der SPD.

Ratsherr **Donner** bekräftigt das Ansinnen, auch wenn die Übereinstimmung des Wesensgehaltes zwischen den Anträgen nicht besteht, Synergieeffekte zu nutzen und den Schüler*innen ein Zeichen zukommen lassen. Schulfördervereine sollen selbst entscheiden, was mit dem Geld passiert.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) wirbt für Zustimmung für den Beschlussantrag, unabhängig davon, ob der Änderungsantrag der SPD-Fraktion die Mehrheit der Stimmen erhält. Er ist überzeugt, dass der Mittelgeber verantwortungsbewusst die Förderung entsprechend des Bedarfes ausreichen wird.

Der stellvertretende Stadtpräsident, Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, stellt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der SPD zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann,** stellt die Beschlussvorlage einschließlich der durch Ratsfrau Muth eingebrachten Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/19/2021

TOP 20 Öffentlich-rechtlicher Vertrag nach § 167 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft für die örtliche Rechnungsprüfung im Amt Neverin durch die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0154

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/20/2021

TOP 21 Beteiligungsbericht der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg 2019
Vorlage: INF/VII/0046

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Beteiligungsbericht zur Kenntnis.

Die Tagesordnungspunkte 22 und 23 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 22 Gebührenkalkulation zur Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungsgebührensatzung)
Vorlage: BV/VII/0082

TOP 23 Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungsgebührensatzung)
Vorlage: BV/VII/0083 1. Lesung

Die Tagesordnungspunkte 24 und 25 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 24 Beschluss über die Annahme einer Spende des Herrn Bernd Heise durch die Stadtvertretung – Sachzuwendung für den Bestand der Kunstsammlung – 34 Werke in verschiedenen Techniken von 16 Künstlern
Vorlage: BV/VII/0159

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/24/2021

TOP 25 Beschluss über die Annahme einer Spende des Herrn Eckart Sarnow durch die Stadtvertretung – Sachzuwendung für den Bestand der Kunstsammlung – 100 druckfähige Platten des Künstlers Michael Wirkner
Vorlage: BV/VII/0160

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/25/2021

TOP 26 Bibliothekskonzeption 2025 für die Regionalbibliothek Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0149 - 1 Änderungsblatt 2. Lesung

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) begründet die Entscheidung, das Konzept in 2 Lesungen zu behandeln und schlägt vor, dass alle künftig zu erstellenden Konzepte in 2 Lesungen behandelt werden, damit genügend Zeit bleibt, auch mit denen zu reden, die in Zukunft damit umgehen müssen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/26/2021

TOP 27 Integriertes Gewerbeflächenkonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0168- 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) lobt das vorliegende aussagekräftige Konzept. Er bezieht sich auf die ca. 100 Hektar Restfläche, von denen ca. 29 Hektar im Eigentum der Stadt Neubrandenburg sind. Der größere Teil, ca. 98 Hektar befinden sich im Privatbesitz, was eine

Vermarktung sehr schwierig macht. Ratsherr Kuhnert fragt sich, was passiert, wenn eine größere Firma anmeldet, weitere 20 Hektar Fläche zu benötigen, um Produktionsstätten zu errichten und Arbeitsplätze zu schaffen.
Er bringt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion DIE LINKE ein und wirbt um Zustimmung. Mit dem Änderungsantrag soll die Verwaltung beauftragt werden, zweijährlich über den Stand der Umsetzung des Konzeptes zu berichten.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, macht sich als Einreicher den Änderungsantrag zu eigen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/27/2021

TOP 28 Bebauungsplan Nr. 123 „Erich-Zastrow-Straße/Max-Adrion-Straße“
hier: 4. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0171 - 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Gille** (SPD) lobt die schnelle Antwort der Verwaltung auf durch ihn gestellte fachliche Fragen in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/28/2021

TOP 29 Richtlinie und Antrag „fiktiver Unternehmerlohn“ im Rahmen der Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie und zur Stärkung der lokalen Wirtschaft
Vorlage: BV/VII/0189- 1 Änderungsblatt

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert, dass in Unternehmerlohn in die Überbrückungshilfe IV eingepreist werden soll. Die Stadt befindet sich mit dem LFI dahingehend in Abstimmung der Richtlinie, dass keine Anrechnung der Überbrückungshilfe IV erfolgt.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/29/2021

TOP 30 Schwimmbad Neubrandenburg; hier: Standortuntersuchung
Vorlage: BV/VII/0198

Ratsherr **Gille** (SPD) erläutert ausführlich anhand einer Präsentation (siehe **Anlage 1**) eigene Berechnungen, mit denen er die Ergebnisse der kplan AG für die Machbarkeitsstudie eines Schwimmbades in Neubrandenburg hinterfragt. Ausdrücklich bestätigt er das Vorhaben des Baus eines neuen Schwimmbades, plädiert aber für eine Überarbeitung der Machbarkeitsstudie. Außerdem macht er auf die Höhe der künftigen Betriebskosten aufmerksam, die dazu führen können, dass die Bewohner*innen mindestens zweier Stadtgebiete sich den mehrfachen Besuch des Bades pro Jahr nicht leisten können werden.
Er stellt den Antrag auf Rücküberweisung der Vorlage in die Ausschüsse, damit die Kalkulation der kplan AG nochmal geprüft werden kann.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, berichtet vom Feedback der Sportvereine im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport, die aufgrund der vorliegenden Planung die künftige Größe der Schwimmhalle eher als zu klein annehmen. In den letzten Jahren sind neue Nutzungsformen (Gesundheitssport) und Zielgruppen dazu gekommen, die zu einer stärkeren Auslastung führen werden.

Er schlägt vor, die Zahlen parallel zur weiteren Arbeit an der Standortuntersuchung etc. mit dem erfahrenen Unternehmen nochmal zu besprechen, die Vorlage aber heute zur Abstimmung zu stellen.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) schätzt die akribische Analyse von Ratsherrn Gille und unterstützt auch die kritische Betrachtung der vorliegenden Prognose, stimmt aber Herrn Witt hinsichtlich des Bedarfes zu und bittet wie dieser darum, keinen weiteren Zeitverzug zuzulassen.

Ratsherr **Gille** bestätigt die Notwendigkeit der Erweiterung der Anlage hinsichtlich auch des steigenden Bedarfs der Vereine. Er verweist nochmal auf die Analyse, die im Bereich der Vereine nur mit einem Nutzeranstieg von ca. 11 %, im Bereich des freien Badens aber mit 755 % mehr Nutzeraufkommen rechnet. Die angenommenen 133.000 Besucher pro Jahr sind für ihn nicht nachvollziehbar.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) zeigt sich erschrocken über den Beitrag von Ratsherrn Gille und plädiert dafür, sich in den Ausschüssen zwar noch einmal mit der möglicherweise anzuzweifelnden Datenbasis zu beschäftigen, dennoch aber der vorliegenden Beschlussvorlage heute zuzustimmen, um mit den weiteren Fragen der Untersuchung der Standorteignung etc. voranzukommen.

Ratsherr **Giermann** (CDU) kritisiert, dass das Material so kurzfristig für diejenigen, die online zugeschaltet sind, nicht bereitgestellt werden konnte. Er verweist darauf, dass nicht nur Besucher*innen erwartet werden, weil die Schwimmhalle größer wird, sondern weil die Besucher*innen sich von einer neuen Schwimmhalle mehr Wohlfühlqualität, höhere Standards versprechen. Er unterstreicht den Eindruck des Oberbürgermeisters aus der Sitzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport, in der der PSV über sehr lange Wartelisten für das Therapieschwimmen berichtet hat und viele Sportvereine daran erinnert haben, dass auch Sportler*innen anderer Sportarten Schwimmen gern als Ausgleichssport betreiben. Er bittet darum, die Vorlage nicht zurück zu verweisen aber die Zahlen jedenfalls nochmal zu diskutieren.

Ratsherr **Messner** (CDU) plädiert für ein schnelles Weiterarbeiten in Richtung einer neuen modernen Schwimmhalle. Er verweist auf die Referenzen der Gutachter, die für Städte wie Neubrandenburg eine Kombination von Sport-, Freizeit- und Wellnessmöglichkeiten in einem Schwimmbad vorschlagen, er führt den demografischen Wandel an, dessen Auswirkung beispielweise die häufigere Nutzung der Schwimmhalle „auf Rezept“ ist, er wirbt für die Beachtung der Zielgruppe Familien, die auch mit kleineren Kindern die Schwimmhalle besuchen wollen. Er kündigt an, den Antrag auf Rückverweisung abzulehnen und wirbt für den schnellen Beginn der Untersuchungen zum Standort.

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) berichtet von kontroversen Diskussionen im Stadtentwicklungsausschuss, in dem die vorgelegten Zahlen hinterfragt wurden. Kplan hat auf der Basis der vorgelegten Zahlen der Stadtwerke zur jetzigen Schwimmhalle gearbeitet. Er plädiert dafür, dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu folgen und den Antrag von Ratsherrn Gille nicht anzunehmen.

Ratsfrau **Arndt** (AfD) berichtet, dass sie in den letzten 20 Jahren drei Mal in der Schwimmhalle Neubrandenburg war, allerdings war sie in jeder 2. Woche in den Schwimmhallen umliegender Orte, weil ihre Bedürfnisse und die ihrer Kinder und Eltern dort besser befriedigt werden.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass im Konzept ein Potenzial für die Nutzung der Schwimmhalle außerhalb des Vereinssports vorgestellt wurde und dass die Zeiten für das öffentliche Baden derzeit nicht benutzerfreundlich sind.

Deshalb sind die IST-Zahlen eben nicht vergleichbar mit Potenzial-Zahlen, weil die Neubrandenburger*innen aus den dargestellten Gründen auf andere Hallen ausweichen.
Er glaubt, dass es unschädlich wäre, die Vorlage zurück zu verweisen.

Ratsherr **Bromberger** (CDU) berichtet von eigenen Erfahrungen mit der Schwimmhalle Neubrandenburg. Er unterstreicht, dass unterschiedliche Zielgruppen mehr Platz und Trennmöglichkeiten benötigen. Die öffentlichen Öffnungszeiten und die Schwimmhalle selbst sind nicht attraktiv, für viele Bedarfe konnte auch sein Verein keine Angebote anbieten.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) wiederholt, dass die Neubrandenburger*innen, Vereine, Schulen, Gäste der Stadt eine gute Schwimmhalle verdient haben. Die Möglichkeiten einer Schwimmhalle gehörten zur Daseinsvorsorge, zu den Qualitätsmerkmalen einer Stadt. Er wünscht sich, dass das alles finanzierbar ist und auch eine Kalkulation der späteren Zugänge ist notwendig. Er plädiert dafür, dass die Vorlage heute entschieden wird, ist aber dem Oberbürgermeister auch dankbar dafür, dass die Zahlen nochmal in den Ausschüssen beraten werden und sich daraus ergebende Änderungen in die weitere Arbeit einfließen können.

Ratsherr **D´Aniello** (CDU) gibt Ratsherrn Gille aus Unternehmersicht Recht. Er möchte nicht, dass passiert, dass es sich in Zukunft herausstellt, dass Ratsherr Gille Recht hatte. Er plädiert dafür, dass noch einmal geprüft wird.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) beantragt die Schließung der Rednerliste.

Herr **Witt** bestätigt, dass er die Analyse von Ratsherrn Gille an das Unternehmen kplan AG mit der Bitte um Prüfung der Plausibilität gibt.
Er definiert den Bau einer Schwimmhalle auch als Daseinsvorsorge und weist zurück, wenn der Verdacht aufkommt, dass ein Luxus- oder Spaßbad gebaut werden soll. Aber auch ein Schwimmbad, das lediglich den modernen Bedarfen einer Stadt mit Sportvereinen, Familien etc. entspricht, wird – so wie die Bibliothek und andere Einrichtungen – eines Zuschusses bedürfen.

Nachdem der stellv. Stadtpräsident Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** zunächst Ratsherrn Gille kein drittes Mal das Wort erteilen wollte, informiert er nach Rücksprache mit Stadtrechtsdirektor Herrn **Meyer zu Schlochtern**, Abteilungsleiter Recht und Vergaben, dass bei Einreichung eines Änderungsantrages laut Geschäftsordnung auch ein drittes Mal zum Antrag gesprochen werden darf.

Ratsherr **Gille** bestätigt noch einmal, dass er die Notwendigkeit des Baus einer neuen Schwimmhalle bestätigt, lediglich die geplante Größe und Ausstattung in Frage stellt. Er zieht den Änderungsantrag zurück.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann,** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/30/2021

PAUSE 18:05 Uhr bis 18:15 Uhr

TOP 31 Areal der ehemaligen Justizvollzugsanstalt
Vorlage: BV/VII/0208

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlussnummer: STV 15/31/2021

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 18:30 Uhr geschlossen.

gez.	gez.
Prof. Dr. Oppermann	Sabine Renger
Stellv. Stadtpräsident	Protokollantin